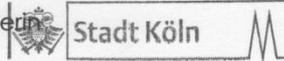


**CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in der Bezirksvertretung Lindenthal**

Klettenberg Stütz Lindenthal Braunsfeld Müngersdorf Junkersdorf Marsdorf

An die Bezirksbürgermeisterin
Helga Blömer-Freker

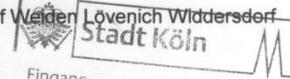


Eingang 23. Mai 2016

An die Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

BV 3 Lindenthal

zu TOP 1.1.1
BV 3 am 23.05.2016



Eingang 23. Mai 2016

Bürgeramt Lindenthal

Köln 23.05.2016

**Beschlussvorlage Haushaltsplanentwurf 2016/2017;
hier: Anregungen der Bezirksvertretung**

Sehr geehrter Frau Bezirksbürgermeisterin
Sehr geehrte Oberbürgermeisterin

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal fordert Rat und Verwaltung auf:

- im Vorgriff auf geplante Änderung der Zuständigkeitsordnung den Bezirken die Haushaltskompetenz für die ihnen nach Gemeindeordnung zustehenden Bereiche zu übertragen.
- den Bezirken künftig die ihnen nach der Gemeindeordnung zustehende geeignete Übersicht über die in § 36, Abs. 1, Satz 1 GO NRW aufgeführten bezirklichen Angelegenheiten für die Haushaltsberatungen tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Dazu gehören insbesondere die Transferaufwendungen (Zuschüsse) für Lindenthaler Vereine, Verbände und Initiativen in den Bereichen Soziales, Jugend, Sport, Kultur und Migration sowie die Mittel für Bürgerhäuser in nichtstädtischer Trägerschaft.

Diese Positionen sind bezirksbezogen darzustellen. Für eine ordnungsgemäße Beratung des Haushalts in der Bezirksvertretung ist außerdem die Anwesenheit der Kämmerei in der entsprechenden Sitzung sicherzustellen.

Die Übermittlung des absolut unbrauchbaren und sinnfreien bezirksbezogenen Auszugs aus dem Ergebnisplan ist einzustellen.

- die erneute Kürzung des Sockelbetrags für die bezirksbezogenen Mittel sowie die beabsichtigte Kürzung der bezirksbezogenen Kulturmittel rückgängig zu machen.
- die jährliche Aufteilung der Einnahmen aus der Kulturförderabgabe wieder 100.000 Euro pro Jahr allen Bezirken für die Umsetzung des Stadtklima-/ zu stellen.

2. Die Bezirksvertretung Lindenthal begrüßt die erstmalige Etablierung eines bezirksbezogenen Bürgerhaushaltsbudgets von 100.000 Euro pro Bezirk, weist allerdings darauf hin, dass zur sachgerechten Umsetzung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt deutlich mehr Finanzmittel benötigt werden.

Begründung:

Zu 1.

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat einstimmig einen Beschluss zur Stärkung der Haushaltskompetenz der Bezirke gefasst. Sie fordert darin die Verwaltung auf, den am 20.7.2004 gefassten Ratsbeschluss mit gleicher Intention nunmehr umzusetzen. Ohne die Zuweisung der Haushaltskompetenz werden die Bezirksvertretungen nach wie vor nicht die ihnen nach Gemeindeordnung zustehenden Rechte wahrnehmen können. Die zur Verfügung stehenden bezirksbezogenen Mittel erfüllen diesen Zweck auch nicht ansatzweise.

Zu 2.

Seit Jahren stellen Rat und Verwaltung allen Bezirken immer den gleichen Betrag in Höhe von etwa 504.000 Euro für bezirksbezogene Mittel zu Verfügung, während gestiegene Kosten bei anderen Haushaltspositionen selbstverständlich berücksichtigt wurden. Das führt dazu, dass aufgrund steigender Einwohnerzahlen der so genannte Sockelbetrag immer weiter zusammengestrichen werden muss. Für die BV Lindenthal sinken dadurch schon seit Jahren die zur Verfügung stehenden bezirksbezogenen Mittel. Bezeichnenderweise wird im Haushaltsplanentwurf an keiner Stelle eine Begründung bzw. ein Hinweis auf die Kürzung des Sockelbetrags gegeben.

Von den Einnahmen aus der Kulturförderabgabe sollen nach dem Haushaltsplanentwurf drei Millionen Euro für die Haushaltskonsolidierung verwendet werden. Aus den Einnahmen der Kulturförderabgabe wurden in den vergangenen Jahren auf politischen Beschluss hin die Gelder für das von den Bezirken bewirtschaftete dezentrale Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm zugewiesen. Diese Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr müssen den Bezirken weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

Zu 3.

Die Bereitstellung von 100.000 Euro pro Bezirk für die Umsetzung von Maßnahmen, die im Bürgerhaushalt vorgeschlagen wurden, ist positiv. Denn nur so wird man wieder Begeisterung für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wecken können. Diesen Vorschlag gab es bereits früher, und er hätte längst realisiert werden können, bevor sich eine immer größere Enttäuschung über die Folgenlosigkeit der Beteiligung am Bürgerhaushalt breit gemacht hat. Gleichwohl ist uns bewusst, dass die 100.000 Euro pro Bezirk und Jahr bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Horst Nettesheim
CDU-Fraktion

gez. Claudia Pinl
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen